



Bundesminister Dr. Gerd Müller (Mitte) trug sich im Historischen Rathaus im Beisein von CSU-Ortsvorsitzendem und Drittem Bürgermeister Gottfried Hänsel (links daneben) und Zweitem Bürgermeister Hans Rosskopf (rechts) sowie Iris Drexler mit Bürgermeister Dr. Martin Drexler, MdB Ulrich Lange und Landrat Stefan Röble (v. l.) ins Goldene Buch der Stadt Wemding ein. Bild: DK

Flucht und Migration:

Perspektiven vor Ort schaffen

Informationsbesuch von Bundesentwicklungshilfeminister Dr. Gerd Müller

Wemding, Landkreis Donau-Ries. Über die hoch komplexen Zusammenhänge aktueller Entwicklungszusammenarbeit berichtete der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller auf Einladung des CSU-Fraktionsvorsitzenden im Kreistag Donau-Ries, MdB Ulrich Lange und des CSU-Ortsvorsitzenden Gottfried Hänsel im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung im nordschwäbischen Wemding. Zuvor hatte Müller sich bei einer Begegnung mit Vertretern der örtlichen Realschule über das laufende Schulprojekt „Flüchtlinge gestern und heute“ informiert und sich im Anschluss in das Goldene Buch der Stadt eingetragen.

Bei dem Schulkonzept handelt es sich um ein über Erasmus PLUS gefördertes Austauschprojekt, an dem neben der Wemding Anton-Jaumann-Realschule Partnerschulen in Rom und Liepaja/Letland eingebunden sind. Das Projekt ist auf zwei Jahre angelegt und behandelt im aktuellen Schuljahr „Flüchtlinge gestern“. Dafür wird von der Wemding Schule die Flüchtlingssituation in der Wemding Nachkriegszeit betrachtet. Schüler forschen in ihrer Familie nach Eindrücken und persönlichen Erfahrungen aus dieser Zeit und berichten darüber. Weiterhin werden Zeitzeugen befragt, die als lokalpolitisch Handelnde mit der Situation in Wemding befasst waren. Für 2018 ist eine große Abschlussveranstaltung in Liepaja geplant.

Im vollbesetzten Saal der Gaststätte „Zur Wallfahrt“ stellten

Wemdings Rathauschef Dr. Martin Drexler und MdB Ulrich Lange zunächst das Engagement des Wemding Helferkreises „Wir für Euch“ heraus. Dieser biete Sprachkurse an, kümmere sich um regelmäßige und soziale Kontakte der Asylanten und unterstütze sie bei Behördengängen oder der medizinischen Versorgung. Beide Politiker dankten allen Bürgern für Spenden und persönliche Unterstützung. Auch die Stadtverwaltung tue viel für die neuen Mitbürger.

Probleme machen nicht an nationalen Grenzen Halt

Bundesminister Müller wies darauf hin, dass die Probleme der Gegenwart nicht an nationalen Grenzen Halt machten. Konflikte in anderen Ländern gefährdeten auch die Sicherheit in Deutsch-

land. Wer Sicherheit will, müsse sich um weltweiten Frieden bemühen. Entwicklungszusammenarbeit helfe, Krisen zu verhindern und Konflikte zu bewältigen.

Migrationskrise apokalyptischen Ausmaßes befürchtet

Es sei im Sinne aller, so Müller, Afrika nicht mit seinen Problemen allein zu lassen. Wäre dies allerdings der Fall und setze Europa ausschließlich auf eigene wirtschaftliche Vorteile, werde dies dort eine Migrationskrise „apokalyptischen Ausmaßes“ nach sich ziehen. Werde allerdings nachhaltig investiert, so sei eine Trendwende in Afrika möglich, denn 90 Prozent der Menschen wollten in ihrer Heimat bleiben.

Engagiert warb Gerd Müller für einen „Marshallplan für Afrika“. Da der beste Schutz vor künftigen Flüchtlingsströmen ein Wirtschaftsboom in Afrika sei, müsse man „Reformchampions“ auf dem schwarzen Kontinent durch noch größere Unterstützung belohnen. Die Neuorientierung der deutschen Entwicklung (Fortsetzung auf Seite 4)

KOMMUNAL 4.0:

Effizientere Wasserwirtschaft

Erster Fachkongress zur Digitalisierung kommunaler Infrastrukturen

Mit ihrem Technologieprogramm Smart Service Welt erprobt und fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie digitale Entwicklungen für die kommunale Wasserwirtschaft. Zum hochinteressanten Fachkongress KOMMUNAL 4.0 kamen auf Einladung der Stadt Schwäbisch Gmünd und ihrem Co-Veranstalter Teilnehmer aus Kommunen, Wissenschaft und Wirtschaft. Die Kommune in Baden-Württemberg war als assoziiertes Projektpartner gemeinsam mit dem Projektkoordinator HST Systemtechnik GmbH & Co. KG Gastgeber der Veranstaltung.

In seiner Begrüßung betonte Erster Bürgermeister Dr. Joachim Bläse die Bedeutung der digitalen Möglichkeiten für die Stadt Schwäbisch Gmünd, insbesondere für die lokale Wasserwirtschaft durch die Teilnahme an KOMMUNAL 4.0. Nachdem die Hochschule Aalen in Kooperation mit der Hochschule für Gestaltung am Standort Schwäbisch Gmünd zum Wintersemester 2015/2016 den Studiengang „Internet der Dinge“ eingerichtet hat, ist die Teilnahme am Projekt KOMMUNAL 4.0 ein weiterer Meilenstein in Richtung digitaler Zukunft für die Stadt im Remstal.

Prorektor Professor Ulrich Schendzielorz von der Hochschule für Gestaltung führte als Moderator durch die Tagung und Prof. Dr.-Ing. Markus Weinberger von

der Hochschule Aalen zeigte in seinem Eröffnungsvortrag, was in der digitalen Welt alles möglich ist. Anschließend stellte Günter Müller-Czygan von der HST Systemtechnik GmbH & Co. KG in seiner Funktion als Projektleiter das Vorhaben KOMMUNAL 4.0 vor.

Effizientere und sicherere Planung, Bau und Betrieb

Egal ob es um smarte, also intelligente Maschinen geht oder die Vernetzung wasserwirtschaftlicher Anlagen oder ganzer Kanalinfrastruktursysteme, die Verschmelzung von Maschinen und IT ist in der kommunalen Wasserwirtschaft schon weit fortgeschritten. KOMMUNAL 4.0 sorgt als nächste Entwicklungs-

runde dafür, dass Kommunen mit den Möglichkeiten webbasierter Daten- und Serviceplattformen ihre wasserwirtschaftlichen Systeme effizienter und sicherer planen, bauen und betreiben können.

Drei ausgewählte Entwicklungsschwerpunkte wurden dem Fachpublikum vorgestellt. Von den Stadtwerken Schwäbisch Gmünd berichtete Frieder Steinhilber über die webtechnische Verknüpfung eines abgelegenen und stromlos betriebenen Hochbehälters zur Wasserversorgung. Uwe Siemann und David Storhas von den Entsorgungsbetrieben Siegen stellten anschließend die Erprobung eines neuartigen Managementtools zur Erfassung und Analyse verschiedenartiger Informationen vor, um eine bessere Vorhersage treffen zu können, wann welche Sinkkästen im nächsten Starkregenfall verstopfen und volllaufen können.

Einfluss von Starkregen

Im dritten Praxisvortrag drehte sich alles um die Einflüsse von Starkregen auf den Betrieb von

GZ Kolumne Georg Huber

Liebe Leserinnen und Leser,

„Die Europäische Union befindet sich – zumindest teilweise – in einer Krise.“ Dieses für jeden proeuropäisch eingestellten Politiker und Bürger schockierende Zitat stammt vom Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker. Während seiner Rede zur Lage der Union im September 2016 hat es einer der wesentlichen Führungspolitiker der EU nicht an deutlichen Worten zu aktuellen Herausforderungen hinsichtlich des Gemeinschaftssinnes fehlen lassen.

In welcher Form wirkt sich die aktuell herausfordernde Lage der EU aus auf die Mitgliedsstaaten, auf Deutschland, auf die Bundesländer, auf die Länder, und letztendlich auf die Regierungsbezirke und Kommunen? Nicht nur in meiner Arbeit als Präsident der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) wird immer wieder deutlich: Die Kommunen sind ein wichtiger Baustein des europäischen Gebäudes. Warum ist das so und wie können wir im kommunalen Bereich die EU wieder stärken, wieder at-



und abstraktes Gebilde erscheint, dessen Vorteile für den Einzelnen nicht erkennbar sind. Wie nun können wir als Kommunalpolitikerinnen und -politiker unseren Beitrag zu einer Stärkung der EU leisten? In den Anfängen der Europäischen Gemeinschaft waren es die kommunalen Partnerschaften, die den Bürgerinnen und Bürgern die Vision eines friedlichen Europas näherbrachten. In Zeiten zahlreicher Krisen in Europa gilt es, diese Partnerschaften wieder aktiver als ein Instru-

ment kommunaler Europaintegration einzusetzen. Im Landkreis Mühldorf gibt es dazu beispielsweise ein erst kürzlich von der nationalen Agentur für EU-Programme im Schulbereich ausgezeichnetes Projekt am Waldkraiburger Gymnasium. Unter dem Motto „There's something new under the sun“ hat das Gymnasium beim Projekt „Erasmus+“ mit Schulen aus weiteren EU-Ländern zusammengearbeitet. Dabei haben die beteiligten Schülerinnen und Schüler neue Kulturen und Mentalitäten kennengelernt und Kontakte zu anderen Jugendlichen geknüpft, Freundschaften und weitere Austausche sind entstanden. Selbstverständlich gibt es auch an weiteren Schulen im Landkreis Austausche und Projekte, die das Zusammenwachsen der Menschen – insbesondere junger Menschen – in Europa vorantreiben. Durch diese praktische Netzwerkarbeit wird die europäische Idee nicht nur im Kopf, sondern mit dem Herzen gelebt und den Bürgerinnen und Bürgern näher gebracht. Begegnung ist die Basis für das Kennenlernen, das Verstehen und das Tolerieren des Anderen und des Andersseins. Sie ist gewissermaßen der Humus, auf dem das Zusammenwachsen von Nationen und Völkern nur gelingen kann. Diese Idee sollte auch auf kommunaler Ebene in Form von Städtepartnerschaften, etc., wieder verstärkt erfolgen, die Kommunen stärker als Mittler zwischen der Union und den Menschen wirken und sich noch mehr als bisher auf nationaler und europäischer Ebene in kommunalrelevanten Europathemen einbringen.

Die Partnerschaftsbewegung wird heute mitunter etwas mitleidig belächelt, als etwas Gestriges und vor dem Hintergrund weltumspannender Kommunikation und Mobilität antiquiert angesehen. Dem ist entschieden zu widersprechen. Zugegeben, manche Kommunalpartnerschaften tun sich schwer, sich in ihren Inhalten und Formaten neuen Gegebenheiten anzupassen, aber das macht die Grundidee nicht obsolet. Wir merken gerade heute, wie sehr sich die Mitgliedsstaaten in der EU entfremden und ein Ton um sich greift, den man eigentlich schon als für immer überwunden hielt. Völkerverständigung – so deplatziert und altmodisch der Begriff im Europa der EU aufgrund des erreichten Integrationsniveaus klingen mag – ist offensichtlich etwas, das permanent gepflegt werden muss. Kommunale Partnerschaften oder Schüleraustausche sind hierfür der richtige Ort. Wir sollten uns die Mühe machen, dieses Instrument wieder aktiver als eine Möglichkeit kommunaler Europaintegration einzusetzen, um die Lust, Neugierde und den Einsatz für Europa wieder zu stärken und voranzutreiben.

Ihr Georg Huber
Landrat des Landkreises Mühldorf am Inn

Die Bedeutung der Kommunen für die europäische Integration

traktiver und greifbarer machen? Dazu müssen wir einen Blick in die Geschichte der EU werfen. Vor 60 Jahren, am 25. März 1957, unterzeichneten Vertreter Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und Italiens die „Römischen Verträge“: den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG). Damit war der Grundstein für die europäische Einigung gelegt. Heute, 60 Jahre später, reden wir von der Europäischen Union und die Veränderung in der Bezeichnung ist keinesfalls bloße Kosmetik. Sie markiert eine Entwicklung im Prozess der europäischen Einigung, die über die ursprüngliche Zielsetzung einer stärkeren Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich hinausgeht: Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Zusammenarbeit der Innen- und Justizpolitik, die Stärkung des Europäischen Parlaments, die Unterstützung der sozialpolitischen Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten und vieles mehr: Es galt insbesondere, den Bürgerinnen und Bürgern ein friedliches und soziales Europa zu schenken, einen gemeinsamen europäischen Binnenmarkt zu schaffen, den Klimaschutz gemeinsam zielführend voranzutreiben oder das Reisen, Wohnen, und Arbeiten deutlich zu erleichtern. Es gilt also, diese ursprünglichen Werte der Europäischen Union den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort erlebbar zu machen. Die Vorteile der EU müssen wieder verstärkt greifbar gemacht und vermittelt werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen „Lust“ auf die EU und ihre Werte verspüren, damit sie sich für sie einsetzen. Das funktioniert nicht, wenn die Europäische Union als kompliziertes, undurchdringliches Institutionsgeflecht

Kanalnetzabschnitten. Horst Geiger von der Großen Kreisstadt Öhringen berichtete über ein besonderes Regenereignis im Mai 2016, bei dem sein Team dank der Prognosedaten des Niederschlagsdatenportals NiRA.web die stattfindende Landesgartenschau Baden-Württemberg vor einem Hochwasserschaden bewahren konnte.

Kommunen können im Verein KOMMUNAL 4.0 mitarbeiten

Im Pilotprojekt von KOMMUNAL 4.0 werden digitale Niederschlagsdaten mit den Steuerungen wasserwirtschaftlicher Bauwerke verknüpft, damit Maßnahmen zum Hochwasserschutz auch automatisch erfolgen können. Zum Abschluss der Veranstaltung referierte Nico Suchold vom ifak Institut für Automation und Kommunikation aus Magdeburg zum Thema IT-Sicherheit mit Blick auf das IT-Sicherheitsgesetz für kritische Infrastrukturen. Im Mittelpunkt stand das sogenannte ISMS (Informations-Sicherheits-Management-System), auf dessen Basis kommunale Verant-

wortliche ihre notwendige IT-Sicherheit analysieren und organisieren können.

Am Vorabend des ersten Fachkongresses wurde auf Einladung von Oberbürgermeister Richard Arnold im historischen Barocksaal des Schwäbisch Gmünder Rathauses der Verein KOMMUNAL 4.0 e.V. gegründet. Der Verein dient der Weiterführung von Ideen und Konzepten aus dem

Vorhaben KOMMUNAL 4.0, der Vernetzung von Fachleuten und Interessierten und wird spezielle Angebote zur Aus- und Weiterbildung rund um das Thema Digitalisierung in der kommunalen Wasserwirtschaft anbieten. Kommunen, Hochschulen und Unternehmen, die an einer Mitgliedschaft interessiert sind, melden sich beim Vereinsvorstand unter www.kommunal4null.de. □



Gründungsmitglieder KOMMUNAL 4.0 e.V. Hintere Reihe v.l.: Peter Honsel (Schatzmeister), Hans-Peter Boos (Beirat), Richard Ernst, Uwe Siemann, Daniel Storhas, Martin Penka. Vordere Reihe v.l.: Michael Schlichenmaier, Günter Müller-Czygan (Erster Vorsitzender), Rainer Steffens (Beirat). □